

SPD/0003/2021

Parteienantrag SPD

Sachbearbeiter:

Az:

Datum: 28.09.2021

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit	Abstimmung
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Landwirtschaft und Verkehr		Vorberatung	
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung	

Änderungsantrag zu den Anträgen „Photovoltaik auf Dachflächen von Neubauten von Landwirtschafts-, Gewerbe- und Industriehallen,“ und „Verpflichtende Beratung zur möglichen Installation von Solaranlagen auf Hallen“ der BVG-Fraktion vom 06.07.2021

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, ortsansässige Unternehmen durch aktive Ansprache beim Klimaschutz zu unterstützen. Daher soll der regelmäßig stattfindende Unternehmerdialog um einen Klimadialog erweitert werden. Zukünftig sollen hier Themen rund um Klima- und Umweltschutz fester Bestandteil sein sowie auf mögliche Förderprogramme hingewiesen werden.

Begründung:

Mit der Reduktion ihrer CO₂-Emissionen können Unternehmen einen großen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Groß-Umstadt ist eine Stadt mit großen Ansprüchen an Nachhaltigkeit, jedoch auch Wirtschaftsstandort, der nach wie vor attraktiv gestaltet sein muss, um Arbeitsplätze vor Ort zu halten und zu schaffen. Daher stehen wir der Einführung einer Solarpflicht für Unternehmen skeptisch gegenüber. Dies würde zu ungleichen Wettbewerbsbedingungen unter den Kommunen führen und den Standortwettbewerb verschärfen. Eine Solarpflicht muss daher auf Bundes- und Landesebene geschaffen werden, um gleiche Bedingungen für alle herzustellen und großflächig Effekte zu erzielen.

Ebenso halten wir eine städtische Vorschrift zur verpflichtenden Energieberatung nicht für zielführend. Denn gerade in der Privatwirtschaft kann und muss man heutzutage davon ausgehen, dass sich Unternehmen frühzeitig bei geplanten Neubauten bzw. Sanierungen professionell energetisch beraten lassen. Die vorhandene städtische Energieberatung ist hingegen ein sinnvolles und niedrighwelliges Angebot für Privatpersonen und sollte diesen weiterhin exklusiv vorbehalten sein.

Für Unternehmen hingegen erachten wir einen Klimadialog für zielführender, um zwischen Kommune und Privatwirtschaft den Austausch über die lokale Notwendigkeit des Klimaschutzes zu fördern und ein gemeinsames Problem- und Lösungsverständnis zu entwickeln.